Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 142 (1976)

Heft: 9

Rubrik: Kritik und Anregung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kritik und Anregung

Zur «Motivation» in der Armee

Oberst Max Kummer hat in den Nummern 5 und 6/1975 der ASMZ sehr beherzigenswerte Gedanken über die «Motivation» in der Armee veröffentlicht. Alle diejenigen, welche irgendwann in die Lage kommen, sich mit Armeegegnern auseinandersetzen zu müssen, werden ihm für die gelieferte geistige Munition dankbar sein. Mich hat sie überdies zur nachstehenden Ergänzung angeregt.

Zur Begründung meiner Intervention erwähne ich vorerst die nachstehenden drei Begebenheiten:

1. Am 31. Juli 1973 wurde die Einreichung der «Petition für eine starke Armee» vom bürgerlichen (!) «Sankt-Galler Tagblatt» als «patriotische Kettenbriefaktion» und «Petitions-Papiertiger» apostrophiert. Der redaktionelle Kommentar lautete im weitern unter anderem wie folgt:

«Was ist, was nützt schon ein noch so respektables Heer, wenn das mit dem Haus, für das es sich wehren sollte, nicht mehr stimmt? Wenn der Staat, den es zu verteidigen gälte, schwach oder zumindest geschwächt ist? Wenn – zum Beispiel – der durchschnittliche Soldat zu durchschnittlichem Preis keine durchschnittlich komfortable Wohnung mehr findet? Wenn er – andere Beispiele – für ein Land kämpfen und möglicherweise sogar sterben soll, dessen Luft verschmutzt und dessen Straßen verstopft, dessen höhere Schulen überlaufen und dessen Währung ausgezehrt, dessen Spitalrechnungen astronomisch hoch und dessen Planungen für die Zukunft dürftig sind?»

2. Der Schweizer Heimatschutz (!) gab sich dazu her, die von Max Frisch anläßlich der Verleihung des Preises der Schiller-Stiftung gehaltene Rede in seiner Vierteljahresschrift (März 1975) abzudrucken. Frisch sagte dort unter anderem:

«Wie heimatlich der Staat ist (und das heißt: wie verteidigungswürdig), wird immer davon abhängen, wie weit wir uns mit den staatlichen Einrichtungen und (das kommt dazu) mit ihrer derzeitigen Handhabung identifizieren können.»

Abgesehen von dieser in einer Demokratie unannehmbaren «Logik», läßt Frisch durchblicken, daß er die Identifikation für sich selbst und als Sprachrohr «jüngerer Landsleute» ablehnt, womit die Verteidigungswürdigkeit der Schweiz nach seiner Meinung offenbar widerlegt wäre.

3. Im Wintersemester 1974/75 hielt Oberstkorpskommandant Vischer an der Handelshochschule St. Gallen einen Vortrag über Sicherheitspolitik. In der Diskussion äußerte sich ein Votant ungefähr wie folgt:

«Im Vortrag des Herrn Vischer habe ich eine Definition des Begriffs ‹Sicherheit› vermißt. Ich möchte versuchen, dies nachzuholen. Sicherheit besteht meines Erachtens darin, daß jeder Schweizer Arbeit mit ausreichendem Verdienst und eine Wohnung zu tragbaren Bedingungen findet, daß jeder junge Schweizer, wenn er Lust dazu hat, ein Studium aufnehmen kann usw. Da dieses Sicherheitspostulat bei uns nicht erfüllt ist, ist es müßig, über Sicherheit im Sinne des Vortrages von Herrn Vischer zu sprechen.»

Die drei Fälle sind symptomatisch. Die Armeegegner haben offenbar gemerkt, daß sie mit den hier wiedergegebenen Argumenten viele Kurzsichtige beeindrucken können, denn wo ist der Schweizer, der nicht mit irgendeiner, wenn nicht mehreren staatlichen Einrichtungen und deren Handhabung nicht einverstanden wäre? Wenn er vorhanden sein sollte, wäre es zum mindesten ein höchst atypischer Schweizer. Wo und wann aber wurde der hinter den drei im wesentlichen gleichlautenden Argumenten steckende Trugschluß mit der nötigen Deutlichkeit und mit adäquater Öffentlichkeitswirkung aufgedeckt?

Die äußere Sicherheit des ganzen Landes ist ein absoluter, die innere Sicherheit des einzelnen Bürgers dagegen ein relativer Begriff. Relativ ist er deshalb, weil die Auffassungen der Bürger über das wünschbare Maß der Sicherheit des einzelnen weit auseinandergehen. Wir sind indessen in der (aus der Sicht des größten Teils der Welt) beneidenswerten Lage, daß wir über das wünschbare Maß individueller Sicherheit wie auch über unsere staatlichen Einrichtungen und deren Handhabung (Herr Frisch!) frei diskutieren und die Dinge in jedem einzelnen Belang nach den Spielregeln der Demokratie frei und friedlich festlegen können. Solange wir **diese** Möglichkeit haben, wird unser Land immer verteidigungswürdig sein. Damit aber **sie** uns erhalten bleibt, brauchen wir, auch und insbesondere in der heutigen Zeit, soweit es in unsern Kräften liegt maximale Sicherheit nach außen. Wenn Ausbildung, Ausrüstung **und Motivation** der Armee in Ordnung sind, ist der Aufwand für die äußere Sicherheit gering, verglichen mit dem Strom von Blut und Tränen, welche Rhein, Rhone, Tessin und Inn hinunterfließen werden, bis die Freiheit zurückgewonnen sein wird, welche jetzt von den Armeegegnern mutwillig in Gefahr gebracht wird.

A. Wegelin, Oberstlt z D

Landesverteidigung und Mehrwertsteuer

Es ist in den letzten Monaten, letztmals an der Delegiertenversammlung der SOG, von höchster Stelle erklärt worden, ohne Einführung der Umsatzsteuer nach dem Mehrwertprinzip sei eine wirkungsvolle Landesverteidigung gefährdet. Ich halte es für grundsätzlich falsch und außerdem für gefährlich, ein Junktim zwischen Wehrbereitschaft und einer Fiskalmaßnahme zu schaffen. Das könnte dazu führen, daß bei Ablehnung des «Finanzpaketes» des Bundes, das auch die umstrittene Mehrwertsteuer umfaßt, logischerweise eine weitere Reduktion der Wehraufwendungen vorgenommen würde. Diese Gefahr ist absolut real, denn bisher ist noch jede Bundesfinanzreform im ersten Anlauf gescheitert, sei es bereits in den eidgenössischen Räten, sei es in der Abstimmung von Volk und Ständen.

Der Bund verfügt gemäß Voranschlag für das Jahr 1976 über Einnahmen von rund 14 Milliarden Franken, wovon rund 3 Milliarden Franken für die Landesverteidigung vorgesehen sind. Wenn man weiß, daß dieser Anteil von 1960 bis 1974 von 37% auf 21% der Bundesausgaben zurückgegangen ist und gemäß Finanzplan bis 1979 auf 18% reduziert werden soll, so erhellt daraus, daß es nicht von der Mehrwertsteuer, sondern vom politischen Willen und Wollen der Bundesbehörden abhängt, ob die Landesverteidigung die nötigen Mittel erhält.

Es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß beim Verlust unserer Unabhängigkeit die Aufgabenbereiche: Beziehungen zum Ausland, Unterricht und Forschung, soziale Wohlfahrt und Umweltschutz, Aufgabenbereiche, die seit 1960 an den Gesamtausgaben des Bundes in steigendem Ausmaß partizipieren, keine Rolle mehr spielen würden. Die Aufrechterhaltung unserer Unabhängigkeit hängt primär von der Landesverteidigung im weitesten Sinne ab, ihr sind deshalb die Mittel prioritär zuzuweisen, Mehrwertsteuer hin oder her.

Fritz Sauser, Innerberg ■